

Umgestaltungsverfügung

Der Itterverband und der Wasserverband Düsseldorf-Mettmann werden zu einem Wasser- und Bodenverband im Sinne der Ersten Verordnung über Wasser- und Bodenverbände (WVVO) vom 3. September 1937 (RGS. NW. S. 130 / SGV. NW. 77) verschmolzen, der die Bezeichnung

"Bergisch-Rheinischer Wasserverband"

führt.

Aufgaben und Unternehmen des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes ergeben sich aus der Satzung.

Mitglieder des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes werden die bisherigen Mitglieder des Itterverbandes und des Wasserverbandes Düsseldorf-Mettmann. Dementsprechend erhält der Bergisch-Rheinische Wasserverband zum Mitgliederverzeichnis die Mitgliederverzeichnisse des Itterverbandes und des Wasserverbandes Düsseldorf-Mettmann.

Der Bergisch-Rheinische Wasserverband erhält die anliegende Satzung.

Die Rechte und Pflichten des Itterverbandes und des Wasserverbandes Düsseldorf-Mettmann, insbesondere ihre Schulden, gehen mit der Verschmelzung auf den Bergisch-Rheinischen Wasserverband über.

Bis zum Erlaß einheitlicher Veranlagungsrichtlinien durch den Bergisch-Rheinischen Wasserverband behalten die Veranlagungsregeln des Itterverbandes für das Gebiet des Itterverbandes, nachfolgend als "Gebiet Süd" bezeichnet, und die Veranlagungsregeln des Wasserverbandes Düsseldorf-Mettmann für das Gebiet des Wasserverbandes Düsseldorf-Mettmann, nachfolgend als "Gebiet Nord" bezeichnet, ihre Gültigkeit.

Diese Umgestaltungsverfügung tritt am 3. Oktober 1973 in Kraft.

Als Aufsichtsbehörde des bisherigen Itterverbandes und des bisherigen Wasserverbandes Düsseldorf-Mettmann verfüge ich aufgrund des § 175 WVVO die vorstehende Umgestaltung der Verbände. Ich erlasse die anliegende Satzung des Bergisch-Rheinischen Wasserverbandes.

Düsseldorf, den 14. August 1973

Der Regierungspräsident

Bäumer

Übersicht

§	1	Name, Rechtsform und Sitz	3
§	2	Verbandsgebiet	4
§	3	Mitglieder	4
§	4	Aufgaben	5
§	5	Übertragung von Aufgaben	6
§	6	Verbandsunternehmen	6
§	7	Anlagen von Mitgliedern	6
§	8	Benutzen und Betreten von Grundstücken	6
§	9	Übergabe- bzw. Übernahmepunkt, Pflichten der Mitglieder	7

§ 10	Ufergrundstücke	7
§ 11	Verbandsschauen	8
§ 12	Organe des Verbandes	8
§ 13	Zusammensetzung der Verbandsversammlung	8
§ 14	Stimmberechtigung, Stimmliste	8
§ 15	Aufgaben der Verbandsversammlung	9
§ 16	Sitzungen der Verbandsversammlung	9
§ 17	Beschließen in der Verbandsversammlung	10
§ 18	Zusammensetzung des Vorstandes	10
§ 19	Wahl und Amtsdauer des Vorstandes	10
§ 20	Aufgaben des Vorstandes	11
§ 21	Sitzungen des Vorstandes	11
§ 22	Beschließen im Vorstand	12
§ 23	Vertretung des Verbandes	12
§ 24	Geschäfte des Vorsitzenden	12
§ 25	Geschäfte des Geschäftsführers	13
§ 26	Wirtschaftsplan	13
§ 27	Finanzplanung	14
§ 28	vorläufige Wirtschaftsführung	14
§ 29	Verpflichtungsermächtigungen	14
§ 30	Kredite	15
§ 31	Kassenkredite	15
§ 32	Rücklagen	15
§ 33	Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Vermögen	15
§ 34	Jahresabschluß	16
§ 35	Bilanz	16
§ 36	Gewinn- und Verlustrechnung, Erfolgsübersicht	16
§ 37	Anhang, Anlagennachweis	16
§ 38	Lagebericht	17
§ 39	Prüfung und Entlastung	17
§ 40	Beitragspflicht	17
§ 41	Sonderbeiträge für Mitglieder	18
§ 42	Kostenerstattungspflicht	18
§ 43	Erstattungsansprüche des Verbandes gegen seine Mitglieder	18
§ 44	Maßstäbe des Beitragsverhältnisses	18
§ 45	Ermittlung des Beitragsbedarfs und des Beitragssatzes	19
§ 46	Verteilung der Beiträge für die Gewässerunterhaltung	20
§ 47	Beitragsmaßstäbe für Erschwerer der Gewässerunterhaltung	20
§ 48	Beitragsmaßstäbe für Gemeinden für die Gewässerunterhaltung	20
§ 49	Verteilung der Beiträge für den Ausgleich der Wasserführung und für den Gewässerausbau	21
§ 50	Beitragsmaßstäbe für den Umfang des Vorteils durch den Ausgleich der Wasserführung und den Gewässerausbau	21
§ 51	Verteilung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung	21
§ 52	Ermittlung der Abwassermenge der Mitglieder der Gruppe 1	22
§ 53	Festlegung des Verschmutzungsgrades des Abwassers der Mitglieder der Gruppe 1	22
§ 54	Ermittlung der Wertzahlen für die Niederschlagswasserabgabe der Mitglieder der Gruppe 1	22
§ 55	Ermittlung der Abwassermenge der Mitglieder der Gruppe 2	22
§ 56	Ermittlung des Verschmutzungsgrades des Abwassers der Mitglieder der Gruppe 2	23
§ 57	Ermittlung der Abwassermenge und des Verschmutzungsgrades des Abwassers von neu hinzugezogenen Mitgliedern der Gruppe 2	23
§ 58	Feststellung der Veranlagungsgrundlagen	24
§ 59	Erhebung der Verbandsbeiträge	24
§ 60	Rechtliche Eigenschaft der Beiträge	24
§ 61	Verjährung	24

§ 62 Säumnis	25
§ 63 Zwangsvollstreckung	25
§ 64 Widerspruch	25
§ 65 Zusammensetzung des Widerspruchsausschusses	25
§ 66 Amtsdauer des Widerspruchsausschusses	26
§ 67 Sitzungen und Entscheidungen des Widerspruchsausschusses	26
§ 68 Geschäftsordnung des Widerspruchsausschusses	26
§ 69 Vergütungen für Mitglieder des Widerspruchsausschusses	26
§ 70 Kosten des Widerspruchsverfahrens	26
§ 71 Ordnungsgewalt	26
§ 72 Dienstkräfte	27
§ 73 Bekanntmachungen	27
§ 74 Aufsicht	27
§ 75 Teilnahme an Sitzungen	27
§ 76 Von staatlicher Genehmigung abhängige Geschäfte	28
§ 77 Inkrafttreten	28
Veröffentlichungshinweise	28
Tabelle 1 zu § 47 Abs. 2	29
Tabelle 2 zu § 48	29
DIN-Bestimmungsverfahren für die in Tabelle 4 aufgeführten Parameter	30
Tabelle 3 zu § 50	31
Tabelle 4 zu § 56 Abs. 1	32

§ 1

Name, Rechtsform und Sitz

(1) Der Verband führt den Namen

"Bergisch-Rheinischer Wasserverband".

(2) Er ist ein Wasser- und Bodenverband im Sinne des Gesetzes über Wasser- und Bodenverbände (Wasserverbandsgesetz - WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I. S. 405).

(3) Der Verband ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft und hat seinen Sitz in Haan.

(4) Für die Tätigkeit des Verbandes sind insbesondere maßgebend die Vorschriften des WVG, des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG -) vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3245), des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -) vom 25.06.1995 (GV. NW. S. 926) und dieser Satzung.

(5) Der Verband führt als Dienstsiegel das kleine Landessiegel in abgewandelter Form. Dieses enthält das Landeswappen im unteren Halbkreis und als Inschrift

"B R W Bergisch-Rheinischer Wasserverband Haan (Rhld.)"

im oberen Halbkreis.

§ 2 Verbandsgebiet

- (1) Das Verbandsgebiet umfaßt die Einzugsgebiete
1. des Deilbaches bis zu den südlichen Grenzen der Gemarkungen Kupferdreh und Niederbonsfeld (Gemeinde Hattingen) sowie bis zu den westlichen Grenzen der Gemarkungen Niederbredenscheid, Niederelfringhausen, Oberelfringhausen und Gennebeck;
 2. des Hesperbaches bis zu den südlichen Grenzen der Gemarkungen Heidhausen und Rodberg;
 3. des Rinderbaches;
 4. der Ruhr in den südlich der Ruhr gelegenen Teilen der Gemarkungen Kettwig und Oefte, in den Gemarkungen Hasselbeck (Gemeinde Heiligenhaus), Isenbügel, Tüschchen, Hetterscheid, Velbert und Kleinumstand;
 5. des Dickelsbaches bis zu den südlichen Grenzen der Gemarkung Huckingen sowie in den Fluren 4 und 5 der Gemarkung Selbeck;
 6. des Haubaches in den Fluren 1, 2, 3 und 5 der Gemarkung Selbeck;
 7. des Angerbaches bis zu den südlichen Grenzen der Gemarkungen Mündelheim und Huckingen;
 8. des Schwarzbaches bis zu den nordöstlichen Grenzen der Gemarkungen Lohausen und Kaiserswerth sowie in den Fluren 53, 54 und 55 der Gemarkung Rath;
 9. der Düssel bis zu den östlichen Grenzen der Gemarkungen Benrath, Eller, Gerresheim und Rath;
 10. des Itterbaches;
 11. des Urdenbacher Altrheins;
 12. des Rheins (ohne den Rhein als Gewässer 1. Ordnung) in den Gemarkungen Monheim, Baumberg, Berghausen, Immigrath, Reusrath, Wittlaer, Bockum, Einbrungen und Kalkum.
- (2) Das Verbandsgebiet ergibt sich im einzelnen aus einer Karte, die in der Geschäftsstelle des Verbandes in Haan-Gruiten, Düsselberger Straße 2, bei den Wasserbehörden der Städte Düsseldorf, Duisburg, Essen, Mülheim, Solingen und Wuppertal sowie des Kreises Mettmann in Mettmann und des Rheinisch-Bergischen Kreises in Bergisch Gladbach zur Einsichtnahme während der Dienststunden ausliegt.

§ 3 Mitglieder

- (1) Mitglieder des Verbandes sind
1. Gemeinden, Gemeindeverbände und der Landschaftsverband Rheinland - Gruppe 1 -,
 2. a) die jeweiligen Eigentümer von Grundstücken und/oder Anlagen und Erbbauberechtigte (dingliche Mitglieder), die die Unterhaltung der vom Verband zu unterhaltenden Gewässer über die

bloße Beteiligung am natürlichen Abflußvorgang hinaus erschweren (Erschwerer gemäß § 92 Abs. 1 Nr. 1 LWG),

- b) die jeweiligen Eigentümer von industriell, gewerblich oder anderweitig nicht überwiegend zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken und/oder Anlagen und Erbbauberechtigte (dingliche Mitglieder), denen unmittelbare oder mittelbare Vorteile aus der Durchführung der Verbandsaufgaben erwachsen oder in Aussicht stehen oder die unmittelbare oder mittelbare Schäden herbeiführen, deren Vermeidung, Minderung oder Beseitigung Aufgabe des Verbandes ist; Vorteile sind auch die Erleichterung einer Pflicht und die Möglichkeit, die Maßnahmen des Verbandes auszunutzen,

- Gruppe 2 -.

- (2) Bei einem Eigentumswechsel geht die Mitgliedschaft im Verband auf den Rechtsnachfolger über.
- (3) Wer einen Vorteil aus der Durchführung der Verbandsaufgaben zu erwarten oder wer Maßnahmen des Verbandes zu dulden hat, hat Anspruch auf Aufnahme als Verbandsmitglied in den Verband. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Die Aufsichtsbehörde kann, soweit dies zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Verbandsaufgaben erforderlich ist, Personen, die die in § 8 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 WVG genannten Voraussetzungen erfüllen, gegen ihren Willen zur Mitgliedschaft in den Verband heranziehen oder eine bestehende Mitgliedschaft erweitern.
- (4) Die Mitglieder werden in einem Verzeichnis geführt. Das Mitgliederverzeichnis ist nicht Bestandteil der Satzung. Der Verband hält das Mitgliederverzeichnis auf dem laufenden.

§ 4 Aufgaben

- (1) Der Verband hat folgende Aufgaben:
 - 1. fließende Gewässer 2. Ordnung im Verbandsgebiet nach § 28 WHG und § 90 LWG zu unterhalten (Gewässerunterhaltung),
 - 2. die Wasserführung nach § 87 LWG auszugleichen und Gewässer nach § 89 LWG auszubauen,
 - 3. Abwasser im Sinne des § 51 Abs. 1 LWG zu reinigen, unschädlich zu machen und abzuführen (Abwasserbeseitigung),
 - 4. die Entsorgung der in den Verbandsanlagen anfallenden Klärschlämme und sonstigen festen Stoffe,
 - 5. zu allen Maßnahmen und Vorhaben, die die Aufgaben oder einzelne Verbandsunternehmen berühren können, Stellung zu nehmen,
 - 6. den Wasserhaushalt zu schützen und zu pflegen.
- (2) In dem zum Ruhrverband gehörenden Teil des Verbandsgebietes (sogenanntes "Überlappungsgebiet") hat der Verband nur die in Absatz 1 Nr. 1, 2, 5 und 6 aufgeführten Aufgaben. Unberührt bleibt das Recht des Ruhrverbandes, im Einvernehmen mit dem Verband die das Verbandsgebiet durchfließenden Gewässer auszubauen und zu benutzen, soweit dies zur Erfüllung einer dem Ruhrverband obliegenden Aufgabe entsprechend Absatz 1 Nr. 3 erforderlich ist.
- (3) In den Gemarkungen Elberfeld und Vohwinkel und Leichlingen hat der Verband nur die in Absatz 1 Nr. 1, 2, 5 und 6 aufgeführten Aufgaben.

- (4) In dem Teil des Verbandsgebietes nach § 2 Absatz 1 Nr. 6 obliegen dem Verband nur die in Absatz 1 Nr. 3, 4, 5 und 6 aufgeführten Aufgaben.

§ 5 Übertragung von Aufgaben

- (1) Der Verband kann im Einzelfall mit Gemeinden und Körperschaften des öffentlichen Rechts vereinbaren, daß diese Aufgaben des Verbandes (§ 4) ganz oder teilweise für den Verband durchführen oder in ihre Zuständigkeit übernehmen.
- (2) Der Verband kann im Einzelfall mit Gemeinden vereinbaren, daß diese Teilaufgaben der von ihnen wahrgenommenen Abwasserbeseitigung auf den Verband übertragen.
- (3) Die abzuschließende öffentlich-rechtliche Vereinbarung bedarf der Zustimmung der Verbandsversammlung.

§ 6 Verbandsunternehmen

- (1) Der Verband erfüllt seine Aufgaben insbesondere durch folgende Unternehmen (Verbandsanlagen):
1. Unterhaltung aller fließenden Gewässer 2. Ordnung im Verbandsgebiet,
 2. Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von Anlagen zum Anstau von Gewässern und von Rückhaltebecken sowie durch Ausbau von Gewässern 2. Ordnung,
 3. Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von öffentlichen Abwasseranlagen,
 4. Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von Abfallentsorgungsanlagen.
- (2) Der Verband führt die in Absatz 1 Nr. 2, 3 und 4 genannten Verbandsunternehmen durch, sobald er hierzu in der Lage ist; auf Durchführung zu einem bestimmten Zeitpunkt haben die Mitglieder keinen Anspruch.
- (3) Der Verband kann die Durchführung von Verbandsunternehmen durch öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf Dritte übertragen.

§ 7 Anlagen von Mitgliedern

Der Verband kann im Auftrage von Mitgliedern auf deren Kosten Anlagen herstellen, betreiben, unterhalten und beseitigen. Hierfür kann er nach entsprechendem Beschluß der Verbandsversammlung Betreibergesellschaften, ggf. mit Mitgliedsgemeinden oder Dritten, gründen.

§ 8 Benutzen und Betreten von Grundstücken

- (1) Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Grundstückseigentümer und/oder Erbbauberechtigte im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 sind verpflichtet, ihre Grundstücke für die Verbandsunternehmen zur Verfügung zu stellen. Die Interessen des Verbandes und des betroffenen Mitgliedes sind dabei gegeneinander abzuwägen.

- (2) Soweit durch die Inanspruchnahme die weitere Nutzung des Grundstücks ganz oder teilweise ausgeschlossen wird, ist die entgangene Nutzung angemessen zu entschädigen.
- (3) Die Dienstkräfte des Verbandes sind in Wahrnehmung ihrer Dienstgeschäfte berechtigt, Grundstücke und Anlagen der Mitglieder des Verbandes und der Nichtmitglieder, für die das Vorverfahren zur Eingliederung in den Verband eingeleitet worden ist, zu betreten. Sie haben sich auf Verlangen auszuweisen.

§ 9

Übergabe- bzw. Übernahmepunkt, Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Mitglieder der Gruppe 1 haben dem Verband das Abwasser an einem von ihm festzulegenden Punkt zu übergeben (Übergabepunkt). Der Verband hat das Abwasser am Übergabepunkt zu übernehmen.
- (2) Bei Anlagen zur Rückhaltung von Abwasser aus öffentlichen Kanalisationen gemäß § 54 LWG NW (Regenüberlaufbecken) haben die Mitglieder der Gruppe 1 gegebenenfalls das Abwasser an einem einvernehmlich festzulegenden Punkt (Übernahmepunkt) wieder zu übernehmen.
- (3) Die Mitglieder der Gruppe 1 haben ihre Entwässerungsanlagen bis zum Übergabepunkt bzw. ab dem Übernahmepunkt im Einvernehmen mit dem Verband zu errichten und zu betreiben; sie haben Betriebsanleitungen für ihre Abwasseranlagen gemeinsam mit dem Verband zu erarbeiten und abzustimmen.
- (4) Der Verband kann die Übernahme von Abwasser, das sich der Reinigung in den vorhandenen Abwasserbehandlungsanlagen entzieht, den Betrieb und die Wirkung der Abwasserreinigung gefährden oder die Verbandsanlagen schädigen kann, von einer Vorbehandlung abhängig machen und/oder an besondere Bedingungen knüpfen. Erfolgt die verlangte Vorbehandlung nicht oder werden die besonderen Einleitungsbedingungen nicht erfüllt, kann die Übernahme des Abwassers nach Ablauf einer dem Mitglied vom Verband schriftlich gesetzten Frist zur Erfüllung der Forderungen des Verbandes abgelehnt werden. Die zuständige Ordnungsbehörde und die obere Wasserbehörde sind in diesem Fall zu unterrichten. Handelt es sich um ein Mitglied der Gruppe 2, so sind auch die Gemeinden zu unterrichten, in deren Gebiet der Betrieb liegt und/oder das Abwasser eingeleitet wird.
- (5) Die Mitglieder haben den Verband unverzüglich zu unterrichten, wenn sie ihr Abwasser nach Art und Menge verändern. Absatz 4 findet entsprechende Anwendung.
- (6) Die Mitglieder haften für die Verursachung von Schäden unbeschadet ihrer Pflicht zur Zahlung von Verbandsbeiträgen.
- (7) Mitglieder, deren Anlagen nicht vom Verband betrieben werden, sind verpflichtet, dem Verband über Zustand und Funktionsfähigkeit der Anlagen auf dessen Verlangen zu berichten und Kontrollen zu dulden. Die Befugnis anderer Behörden und Dienststellen zur Überwachung wird hierdurch nicht berührt.

§ 10

Ufergrundstücke

- (1) Ufergrundstücke dürfen nur so bewirtschaftet und genutzt werden, daß die Unterhaltung des Gewässers nicht beeinträchtigt wird.

1 . Bei der Errichtung von baulichen Anlagen ist ein Abstand von mindestens zehn Metern von der Böschungsoberkante oder einer etwa vorhandenen Stützmauer einzuhalten. Ausnahmsweise kann mit

- Einwilligung des Verbandes der Abstand in im Zusammenhang bebauten Ortsteilen und in Gebieten, für die ein Bebauungsplan besteht, soweit reduziert werden, daß ein Arbeitsstreifen von möglichst fünf Metern erhalten bleibt.
2. Bäume und Sträucher dürfen außerhalb von Hausgärten im Bereich von zehn Metern von der Böschungsoberkante nur nach Abstimmung mit dem Verband oder nach einem behördlich genehmigten Plan angepflanzt werden.
 3. Äcker müssen im Bereich eines Meters von der Böschungsoberkante unbeackert bleiben.
 4. Weiden sind zum Gewässer hin ordnungsgemäß einzuzäunen, dabei ist ein Abstand von mindestens einem Meter von der Böschungsoberkante einzuhalten.
 5. Querzäune sind auf Verlangen des Verbandes mit Einrichtungen zu versehen, die eine ungehinderte Durchfahrt für Räumgeräte ermöglichen.
 6. Viehtränken, Übergänge und ähnliche Anlagen sind nach Angabe des Verbandes so anzulegen und zu erhalten, daß sie das Verbandsunternehmen nicht beeinträchtigen.
- (2) Alle Planungen, die Gewässer berühren, sollen den Uferschutz, die Uferbepflanzung und die Erholungseigenschaft der Gewässerlandschaft sowie das Selbstreinigungsvermögen des Gewässers ausreichend berücksichtigen.

§ 11 Verbandsschauen

Solange Wasserschauen nach den Bestimmungen des LWG stattfinden, werden Verbandsschauen nicht durchgeführt.

§ 12 Organe des Verbandes

Organe des Verbandes sind die Verbandsversammlung, der Vorstand und der Widerspruchsausschuß.

§ 13 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus den stimmberechtigten Mitgliedern und den Vertretern der Stimmgemeinschaften. Sie hat 1.000 Stimmen.

§ 14 Stimmberechtigung, Stimmliste

- (1) Stimmberechtigt sind alle Mitglieder. Je ein Tausendstel der um den Beitragsanteil des Verbandes (Eigenanteil) bereinigten im Wirtschaftsvorjahr insgesamt festgesetzten Beiträge einschließlich Sonderbeiträge (Stimmeinheit) gewährt eine Stimme.
- (2) Mit den Jahresbeiträgen oder Teilen von Jahresbeiträgen, die zu einer Stimmeinheit nicht ausreichen, können sich die Mitglieder zu Stimmgemeinschaften zusammenschließen, die so viele Stimmen führen, als in den zusammengelegten Beiträgen volle Stimmeinheiten enthalten sind. Der Vorsitzende weist die Mitglieder auf diese Möglichkeit schriftlich hin. Jedes Mitglied kann sich nur an einer Stimmgemein-

schaft innerhalb seiner Gruppe (§ 3) beteiligen. Jede Stimmgemeinschaft entsendet einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

- (3) Um eine rechtzeitige Aufstellung der Stimmliste zu sichern, kann der Vorsitzende Vorschläge für die Bildung von Stimmgemeinschaften machen mit dem Hinweis, daß das Einverständnis des Mitgliedes hierzu als gegeben gilt, wenn es nicht innerhalb einer Frist von einem Monat widerspricht oder einen anderen Vorschlag macht.
- (4) Der Vorsitzende führt die Stimmen in einer Stimmliste, die unter Berücksichtigung der Absätze 1 bis 3 jährlich neu aufzustellen ist.

§ 15

Aufgaben der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung hat die ihr durch das WVG und die Satzung zugewiesenen Aufgaben.

Insbesondere hat sie

1. über Änderungen der Satzung zu beschließen,
2. der Übertragung von Verbandsaufgaben an Dritte zuzustimmen,
3. die Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter, den Vorsitzenden und seine Stellvertreter sowie die in § 65 Abs. 1 Nr. 3 genannten Mitglieder des Widerspruchsausschusses zu wählen,
4. die Wirtschaftsordnung zu beschließen,
5. den Wirtschaftsplan einschl. dessen Änderungen einschließlich Stellenplan und Beitragssätze festzusetzen,
6. die Prüfstelle zu bestimmen,
7. den Jahresabschluß festzustellen und über die Verwendung des Jahresgewinnes oder die Behandlung des Jahresverlustes zu beschließen,
8. den Vorstand zu entlasten,
9. über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes zu beschließen.

§ 16

Sitzungen der Verbandsversammlung

- (1) Der Vorsitzende lädt die Verbandsversammlung nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Jahr, unter Mitteilung der Tagesordnung zur Sitzung ein. Er hat die Verbandsversammlung einzuberufen, wenn der Vorstand dies beschließt oder Mitglieder, die mindestens 200 Stimmen vertreten, dies schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragen.
- (2) Die Einladungsfrist beträgt zwei Wochen. In dringenden Fällen kann diese auf drei Tage verkürzt werden; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (3) Ein Mitglied kann seine Stimmen nur einheitlich abgeben.
- (4) Stimmberechtigte können sich vertreten lassen. Die Vertretung kann, unbeschadet der Regelung bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften, nur aufgrund einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden. Vorstandsmitglieder und Bedienstete des Verbandes können Mitglieder in der Verbandsversammlung

nicht vertreten. Ein Vertreter mehrerer stimmberechtigter Mitglieder oder einer Stimmgemeinschaft darf die von ihm vertretenen Stimmen nur einheitlich abgeben.

- (5) Der Vorsitzende leitet die Sitzung. Er hat kein Stimmrecht.
- (6) Die Sitzungen der Verbandsversammlung sind öffentlich. Gegenstände, die sich nicht zur öffentlichen Beratung eignen, sind in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln.

§ 17

Beschließen in der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens 500 Stimmen vertreten sind; sie ist außerdem beschlußfähig, wenn bei der Einladung darauf hingewiesen worden ist, daß ohne Rücksicht auf die Anzahl der in der Sitzung vertretenen Stimmen beschlossen wird.
- (2) Die Verbandsversammlung beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Beschlüsse über Änderung der Satzung sowie über die Umgestaltung und die Auflösung des Verbandes können nur mit mindestens 501 Stimmen gefaßt werden.
- (3) Wahlen werden durch Zuruf vollzogen. Wenn Mitglieder, die mindestens 200 Stimmen vertreten, widersprechen, erfolgen die Wahlen durch Abgabe von Stimmzetteln. Gewählt ist derjenige, für den mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen abgegeben ist. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der Stimmen, findet zwischen den Personen mit den beiden höchsten Stimmenzahlen eine engere Wahl statt. Gewählt ist, wer in dieser Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.
- (4) Über Beratungsgegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, kann nur mit Zustimmung der Mehrheit der anwesenden Stimmen beschlossen werden.
- (5) Beschlüsse der Verbandsversammlung können innerhalb von sechs Monaten nach der Beschlußfassung nur mit mindestens 501 Stimmen aufgehoben werden.
- (6) Beschlüsse, die nicht einstimmig gefaßt werden, dürfen erst nach Ablauf einer Frist von 14 Kalendertagen, beginnend mit dem Tage nach der Beschlußfassung, durchgeführt werden.
- (7) Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem Vorsitzenden, einem Mitglied der Verbandsversammlung und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist. Ein Abdruck der Niederschrift ist den beitragspflichtigen Mitgliedern zu übersenden.

§ 18

Zusammensetzung des Vorstandes

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, einem ersten und einem zweiten stellvertretenden Vorsitzenden sowie 15 weiteren Mitgliedern. Jedes der 18 Vorstandsmitglieder hat einen Stellvertreter, der im Falle der Verhinderung des Mitgliedes an dessen Stelle tritt. Aufgaben und Befugnisse als Vorstandsmitglied können nicht übertragen werden.
- (2) Die Vorstandsmitglieder und entsprechend deren Stellvertreter verteilen sich wie folgt:
 1. auf die Gruppe 1 12
 2. auf die Gruppe 2 6

- (3) Jedes Verbandsmitglied kann nur ein ordentliches und ein stellvertretendes Vorstandsmitglied stellen.

§ 19

Wahl und Amtsdauer des Vorstandes

- (1) Die Verbandsversammlung wählt aufgrund der Vorschläge der Gruppen die Vorstandsmitglieder und ihre Stellvertreter. Wiederwahl ist zulässig.
- (2) Die Verbandsversammlung wählt aus den Vorstandsmitgliedern den Vorsitzenden und seine Stellvertreter. Die Stellvertreter müssen verschiedenen Gruppen angehören.
- (3) Die Amtsdauer des Vorstandes beträgt fünf Jahre; sie verlängert sich bis zur Neuwahl des Vorstandes.
- (4) Vorstandsmitglieder und Stellvertreter, die zur Zeit ihrer Wahl Beamte, Angestellte oder Vertreter eines Mitglieders sind, scheidern aus, sobald ihre Tätigkeit in dieser Eigenschaft aufhört.
- (5) Für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder wählt die Verbandsversammlung für den Rest der Amtsdauer Ersatz. Bis dahin kann der Vorstand auf Vorschlag der zuständigen Gruppe ein Ersatzmitglied bestellen.

§ 20

Aufgaben des Vorstandes

Der Vorstand leitet die Verbandsangelegenheiten. Er entscheidet über alle nicht der Verbandsversammlung, dem Widerspruchsausschuß, dem Vorsitzenden oder dem Geschäftsführer obliegenden Geschäfte und beschließt insbesondere über

1. Errichtung und Änderung von Unternehmen sowie den Abschluß von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen im Sinne von § 6 Abs. 3,
2. das Dienstverhältnis und die Besoldung des Geschäftsführers und dessen Stellvertreter sowie über die sonstigen Vergütungen der Dienstkräfte,
3. die Abhilfe von Widersprüchen gegen Bescheide des Verbandes,
4. die Gewährung von Aufwandsentschädigungen,
5. die Sitzungsgelder für den Vorstand und den Widerspruchsausschuß,
6. die Durchführung der Verbandsschauen.

Er stellt

7. den Entwurf des Wirtschaftsplanes und
8. den Jahresabschluß auf.

§ 21

Sitzungen des Vorstandes

- (1) Der Vorsitzende lädt die Vorstandsmitglieder mit mindestens zweiwöchiger Frist zur Sitzung ein und teilt dabei die Tagesordnung mit. In dringenden Fällen kann die Frist auf drei Tage verkürzt werden.

Der Vorstand ist einzuberufen, wenn mindestens fünf Vorstandsmitglieder dies schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes beantragen.

- (2) Wer verhindert ist, teilt dies seinem Stellvertreter oder dem Verband mit, der unverzüglich den Stellvertreter einlädt. Der Stellvertreter nimmt auch ohne Einladung durch den Vorsitzenden anstelle des verhinderten Vorstandsmitgliedes stimmberechtigt an der Sitzung teil.
- (3) Die Vorstandssitzungen sind nicht öffentlich.
- (4) An allen Sitzungen nimmt der Geschäftsführer teil. Er kann weitere Dienstkräfte hinzuziehen.

§ 22 Beschließen im Vorstand

- (1) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens elf Mitglieder anwesend sind.
- (2) Der Vorstand beschließt mit der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt. Für Wahlen gilt § 17 Abs. 3 sinngemäß.
- (3) Ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen ist der Vorstand beschlußfähig, wenn er zum zweiten Male zur Verhandlung über denselben Gegenstand eingeladen und hierbei auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen worden ist. Ohne Rücksicht auf Form und Frist der Einladung ist er beschlußfähig, wenn alle Vorstandsmitglieder zustimmen.
- (4) Die Beschlüsse sind aufzuzeichnen; die Niederschrift ist vom Vorsitzenden, einem weiteren Vorstandsmitglied und dem Schriftführer zu unterzeichnen.
- (5) Ein auf schriftlichem Wege erzielter Beschluß ist gültig, wenn mindestens zwölf Vorstandsmitglieder zustimmen.

§ 23 Vertretung des Verbandes

- (1) Der Vorsitzende vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.
- (2) Bei den laufenden Geschäften ist der Geschäftsführer zur Vertretung des Verbandes befugt.
- (3) Verpflichtende Erklärungen sind von dem Vorsitzenden und dem Geschäftsführer zu unterzeichnen; bei laufenden Geschäften genügt die Unterschrift des Geschäftsführers.

§ 24 Geschäfte des Vorsitzenden

- (1) Dem Vorsitzenden obliegen alle Geschäfte des Verbandes, zu denen nicht die Verbandsversammlung, der Vorstand, der Widerspruchsausschuß oder der Geschäftsführer berufen sind.
- (2) Der Vorsitzende unterrichtet den Vorstand über die Angelegenheiten des Verbandes und hört dessen Rat zu wichtigen Geschäften. Er führt den Vorsitz im Vorstand und leitet die Verbandsversammlung.
- (3) Bei Verhinderung des Vorsitzenden haben seine Stellvertreter gleiche Befugnisse.

§ 25
Geschäfte des Geschäftsführers

- (1) Der Geschäftsführer bereitet die Beschlüsse der Verbandsversammlung und des Vorstandes mit dem Vorsitzenden vor. Ihm obliegt die Führung der Geschäfte der laufenden Verwaltung. Seine Rechte und Pflichten können vom Vorstand in einer Geschäftsordnung festgelegt werden. Der Vorstand kann dem Geschäftsführer die Entscheidung über einen bestimmten Kreis von Aufgaben oder über einen Einzelfall übertragen und entziehen.
- (2) In Fällen, die keinen Aufschub dulden, entscheidet der Geschäftsführer im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden. Die Entscheidungen sind dem Vorstand in seiner nächsten Sitzung vorzulegen. Der Vorstand kann die Dringlichkeitsentscheidung aufheben, soweit nicht schon Rechte Dritter entstanden sind.
- (3) Bei Verhinderung des Geschäftsführers hat sein Stellvertreter gleiche Befugnisse.

§ 26
Wirtschaftsplan

- (1) Die Verbandsversammlung stellt für jedes Wirtschaftsjahr vor seinem Beginn den Wirtschaftsplan fest und beschließt über den Gesamtbetrag der aufzunehmenden Kredite, den Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen und den Höchstbetrag der Kassenkredite; der Wirtschaftsplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.
- (2) Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan, dem Vermögensplan und dem Stellenplan. Dem Wirtschaftsplan sind als Anlagen der Nachweis der Rücklagen und der Finanzplan beizufügen. Der Finanzplan muß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein. § 14 Abs. 1 und §§ 15 bis 18 der Eigenbetriebsverordnung - EigVO - (GV. NW. 1988 S. 324) gelten entsprechend.
- (3) Für die Buchführung des Verbandes, die Kostenrechnung, den Jahresabschluß, die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, den Lagebericht und die Rechenschaft sind §§ 19, 21, 22 Abs. 1 und 3, 23 und 24 der Eigenbetriebsverordnung entsprechend anzuwenden.
- (4) Der von der Verbandsversammlung festgestellte Wirtschaftsplan ist mit seinen Anlagen unverzüglich der Bezirksregierung anzuzeigen.
- (5) Der Wirtschaftsplan ist unverzüglich zu ändern, wenn
 1. das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan erheblich verschlechtern wird und die Verschlechterung eine Änderung des Vermögensplanes bedingt oder
 2. höhere Kredite erforderlich werden oder
 3. im Vermögensplan weitere Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden sollen oder
 4. eine Vermehrung oder Hebung der in der Stellenübersicht vorgesehenen Stellen erforderlich wird, es sei denn, es handelt sich um eine vorübergehende Einstellung von Aushilfskräften.
- (6) Änderungen des Wirtschaftsplanes sind der Bezirksregierung unverzüglich anzuzeigen.

§ 27
Finanzplanung

- (1) Der Verband hat seiner Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Das erste Planungsjahr der Finanzplanung ist das laufende Wirtschaftsjahr.
- (2) In dem Finanzplan sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten des Vermögensplanes nach Jahren gegliedert darzustellen.
- (3) Der Finanzplan ist jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 28
Vorläufige Wirtschaftsführung

Ist der Wirtschaftsplan bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres noch nicht festgesetzt, so darf der Verband

1. nur Ausgaben leisten, um
 - a) die bestehenden Einrichtungen in geordnetem Gang zu halten,
 - b) Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen, für die durch den Wirtschaftsplan eines Vorjahres bereits Beträge festgesetzt worden sind,
2. die feststehenden Einnahmen nach den Sätzen des Vorjahres forterheben,
3. im Rahmen der Genehmigungen des Vorjahres noch nicht in Anspruch genommene Kassenkredite aufnehmen.

§ 29
Verpflichtungsermächtigungen

- (1) Verpflichtungen zur Leistung von Investitionsausgaben in künftigen Jahren dürfen nur eingegangen werden, wenn der Wirtschaftsplan hierzu ermächtigt.
- (2) Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen in der Regel zu Lasten der dem Wirtschaftsjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden, in Ausnahmefällen bis zum Abschluß einer Maßnahme; sie sind nur zulässig, wenn die Finanzierung der aus ihrer Inanspruchnahme entstehenden Ausgaben in den Vermögensplänen späterer Jahre gesichert erscheint.
- (3) Die Verpflichtungsermächtigungen gelten bis zum Ende des Wirtschaftsjahres und, wenn der Wirtschaftsplan für das folgende Wirtschaftsjahr nicht rechtzeitig festgesetzt wird, bis zur Festsetzung dieses Wirtschaftsplanes. Während des Wirtschaftsjahres nicht in Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen sind nicht übertragbar. In Anspruch genommene Verpflichtungsermächtigungen brauchen in den Folgejahren nicht nochmals veranschlagt zu werden, für sie sind im Fälligkeitsjahr Wirtschaftsplanmittel bereitzustellen.

§ 30

Kredite

- (1) Der Verband darf Kredite nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre. Kredite dürfen nur für Investitionen und zur Umschuldung aufgenommen werden. Soweit Kredite zur Umschuldung aufgenommen werden, ist dies nicht auf den im Beschluß nach § 26 Abs. 1 der Satzung festgelegten Gesamtbedarf an Krediten anzurechnen.

- (2) Die Ermächtigung zur Aufnahme von Krediten gilt bis zum Ende des auf das Wirtschaftsjahr folgenden Jahres.
- (3) Der Verband soll zur Sicherung von Krediten keine Sicherheiten bestellen.

§ 31 Kassenkredite

Zur rechtzeitigen Leistung seiner Ausgaben kann der Verband Kassenkredite bis zu dem im Wirtschaftsplan festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit für die Kasse keine anderen Mittel zur Verfügung stehen.

§ 32 Rücklagen

- (1) Der Verband soll zur Sicherung der Wirtschaftsführung - getrennt für die Gewässerunterhaltung, für den Ausgleich der Wasserführung und den Gewässerausbau sowie für die Abwasserbeseitigung - eine allgemeine Rücklage und für Zwecke des Vermögensplans Sonderrücklagen ansammeln.
- (2) Die allgemeine Rücklage soll die rechtzeitige Leistung von Ausgaben sichern (Betriebsmittel der Kasse). Zu diesem Zweck soll ein Betrag vorhanden sein, der sich auf zwei vom Hundert der Ausgaben des Erfolgsplanes nach dem Durchschnitt der drei dem Wirtschaftsjahr vorangehenden Jahre beläuft.
- (3) In den Sonderrücklagen sollen Mittel zur Deckung des Ausgabenbedarfs im Vermögensplan künftiger Jahre angesammelt werden.
- (4) Die Mittel der Rücklagen sollen, soweit sie nicht als Betriebsmittel der Kasse benötigt werden, sicher und ertragbringend angelegt werden. Sie müssen für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein; solange sie nicht benötigt werden, können sie als innere Darlehen im Vermögensplan verwendet werden.

§ 33 Erwerb, Verwaltung und Veräußerung von Vermögen

- (1) Der Verband soll Vermögensgegenstände nur erwerben, soweit dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist oder wird.
- (2) Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag bringen.
- (3) Der Verband kann Vermögensgegenstände, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, veräußern.

§ 34 Jahresabschluß

Für den Schluß eines jeden Wirtschaftsjahres ist ein Jahresabschluß aufzustellen, der aus einer Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anlagennachweis, dem Lagebericht und dem Anhang besteht. Die allgemeinen Vorschriften, die Ansatzvorschriften, die Vorschriften über die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, die Bewertungsvorschriften und die Vorschriften über den Anhang für den Jahresabschluß der großen Kapitalgesellschaften im Dritten Buch des Handelsgesetzbuchs finden sinngemäß Anwendung, soweit sich aus den nachfolgenden Vorschriften nichts anderes ergibt.

§ 35 Bilanz

- (1) Die Bilanz ist, unbeschadet einer weiteren Gliederung, nach Anlage 1 zu § 22 Abs. 1 EigVO zu erstellen. § 268 Abs. 1 bis 3, § 270 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 sowie § 272 HGB finden keine Anwendung.
- (2) Das Stammkapital des Verbandes beträgt 66.500.000 €.
- (3) Zuschüsse zu Investitionen werden als Passivposten ausgewiesen und entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschußten Investition aufgelöst.

§ 36 Gewinn- und Verlustrechnung, Erfolgsübersicht

- (1) Die Gewinn- und Verlustrechnung ist, unbeschadet einer weiteren Gliederung, nach Anlage 4 zu § 23 Abs. 1 EigVO zu erstellen.
- (2) Über die in den §§ 4 bis 7 dieser Satzung beschriebenen Aufgaben, Geschäftsbereiche und Betriebszweige ist eine Erfolgsübersicht aufzustellen, die alle Erträge und Aufwendungen im Querschnitt aufzeigt. Dabei sind gemeinsame Aufwendungen und Erträge sachgerecht auf die Geschäftsbereiche / Betriebszweige aufzuteilen, soweit Lieferungen und Leistungen nicht gesondert verrechnet werden.

§ 37 Anhang, Anlagennachweis

- (1) Für die Darstellung im Anhang gilt § 285 Nr. 9 und 10 HGB mit der Maßgabe, daß die Angaben
 - a) nach Nr. 9 über die vom Verband gewährten Leistungen für den Geschäftsführer und für sonstige für den Verband in leitender Funktion tätigen Personen sowie für die Mitglieder des Vorstandes und
 - b) nach Nr. 10 für den Geschäftsführer und die Mitglieder des Vorstandes zu machen sind. § 285 Nr. 8 und § 286 Abs. 2 und 3 HGB finden keine Anwendung.
- (2) In einem Anlagennachweis ist die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens einschließlich der Finanzanlagen darzustellen.

§ 38 Lagebericht

- (1) Gleichzeitig mit dem Jahresabschluß ist ein Lagebericht aufzustellen. Im Lagebericht sind mindestens der Geschäftsverlauf und die Lage des Verbandes darzustellen, und zwar so, daß ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird.
- (2) Im Lagebericht ist, unbeschadet einer weiteren Darstellung, auch einzugehen auf die in § 25 Abs. 2 EigVO aufgelisteten und für den Verband bedeutenden Änderungen und Entwicklungen.

§ 39

Prüfung und Entlastung

- (1) Der Jahresabschluß ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf des Wirtschaftsjahres mit allen Unterlagen der von der Verbandsversammlung bestimmten Prüfstelle zuzu-leiten.
- (2) Die Prüfung erstreckt sich darauf, ob
 1. der Wirtschaftsplan und die für den Jahresabschluß nach § 26 der Satzung zu beachtenden Vorschriften eingehalten worden sind,
 2. die Einnahmen und Ausgaben begründet und belegt sind und der Jahresabschluß sowie die Nachweisungen über das Vermögen und die Schulden ordnungsgemäß aufgestellt sind und mit dem WVG, der Satzung und den anderen Vorschriften in Einklang stehen,
 3. wirtschaftlich und sparsam verfahren wird,
 4. die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz gegeben ist.

§ 40

Beitragspflicht

- (1) Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verpflichtung zur Zahlung von Abwasserabgaben erforderlich sind.
- (2) Beitragspflichtig sind diejenigen Mitglieder, deren gesamter Jahresbeitrag den in dem Beschluß zum Wirtschaftsplan des jeweiligen Jahres festgesetzten Mindestbeitrag erreicht oder überschreitet.
- (3) Die Beitragspflicht beginnt mit der Begründung der Mitgliedschaft im Verband gemäß § 3 der Satzung.
- (4) Die Beitragspflicht endet mit Ablauf des Monats, in dem der Vorstand das Mitglied aus dem Verband entlassen hat. Das Mitglied bleibt verpflichtet, die bis zu seiner Entlassung ihm durch die Zustellung des Beitragsbescheides bekanntgegebenen Beiträge zu zahlen.
- (5) Ein ausgeschiedenes Mitglied kann auch zu späteren Beiträgen wie ein Mitglied wegen der Aufwendungen herangezogen werden, die durch sein Ausscheiden vergeblich geworden sind und nicht vermieden werden können.
- (6) Bei der Einschränkung der Teilnahme eines Mitgliedes finden die Absätze 4 und 5 entsprechende Anwendung.

§ 41

Sonderbeiträge für Mitglieder

Mitglieder, die Sonderleistungen des Verbandes verursachen, sind verpflichtet, zusätzlich zu den Verbandsbeiträgen gemäß § 40 Abs. 1 einen Sonderbeitrag zu leisten. Sonderleistungen werden durch ein Mitglied verursacht, wenn der Verband seine Aufgaben für dieses Mitglied nur durch zusätzliche Leistungen oder Investitionen, insbesondere durch zusätzliche Errichtung, Änderung, Inbetriebnahme von Verbandsanlagen oder durch vermehrten Einsatz von Arbeitskräf-ten, Geräten oder Material erfüllen kann. Die Höhe des Sonderbeitrages wird nach dem Umfang der Sonderleistungen des Verbandes ermittelt und festgelegt.

§ 42

Kostenerstattungspflicht

- (1) Ein neu aufgenommenes oder zugewiesenes Mitglied hat die Aufwendungen für besondere Einrichtungen, die zu seinem Anschluß an Verbandsanlagen und zu ihrer Mitbenutzung erforderlich sind, neben den Verbandsbeiträgen zu tragen.
- (2) Stellt der Verband im Auftrage Dritter Anlagen her, betreibt oder unterhält oder beseitigt er sie, so sind von dem Dritten die dem Verband für seine Tätigkeit entstehenden Kosten zu erstatten.
- (3) Die Kostenerstattungsansprüche kann der Verband wie Beiträge erheben.

§ 43

Erstattungsansprüche des Verbandes gegen seine Mitglieder

- (1) Erfüllt ein Mitglied seine sich aus § 9 Abs. 1 bis 3 der Satzung ergebenden Pflichten nicht oder nicht rechtzeitig und wird der Verband deshalb zu höheren Abwasserabgaben herangezogen, so ist das Mitglied verpflichtet, dem Verband die Mehrabgaben zu erstatten. Die Erstattungsbeträge können vom Verband wie Beiträge erhoben werden.
- (2) Verstößt ein Mitglied gegen seine sich aus den Vorschriften dieser Satzung, des LWG, des WHG, des WVG ergebenden Pflichten und entsteht dadurch dem Verband ein Schaden, so ist das Mitglied verpflichtet, den Schaden zu ersetzen. Die Schadensersatzansprüche können in voller Höhe vom Verband wie Beiträge geltend gemacht und erhoben werden.
- (3) Wird der Verband zu Abwasserabgaben für Abwasser veranlagt, für das keine Beiträge gemäß §§ 51 bis 57 erhoben werden, so ist das Mitglied verpflichtet, dem Verband diese Abgaben zu erstatten. Die Erstattungsbeträge können vom Verband wie Beiträge erhoben werden.

§ 44

Maßstäbe des Beitragsverhältnisses

- (1) Die Beitragslast verteilt sich auf die beitragspflichtigen Mitglieder im Verhältnis der Vorteile, die sie von den Aufgaben des Verbandes haben und der Lasten, die der Verband auf sich nimmt, um ihren schädigenden Einwirkungen zu begegnen oder um ihnen Leistungen abzunehmen; hierzu rechnen auch die Mehrkosten, die dem Verband bei der Gewässerunterhaltung durch Anlagen in oder an Gewässern entstehen. Vorteile sind auch die Erleichterung einer Pflicht des Mitgliedes und die Möglichkeit, die Maßnahmen des Verbandes zweckmäßig und wirtschaftlich zu nutzen; zu den Lasten, die der Verband auf sich nimmt, gehört auch die Erfüllung der Pflicht zur Zahlung von Abwasserabgaben. Der Unterhaltungsaufwand für die im Verbandsgebiet liegenden Gewässer wird auf die Verbandsmitglieder nach den Vorschriften dieser Satzung umgelegt; § 92 LWG findet keine Anwendung.
- (2) Maßstäbe für die Beitragsverteilung sind danach
 1. für die Gewässerunterhaltung der Umfang des Vorteils und der Erschwerung (§§ 46, 47, 48),
 2. für den Ausgleich der Wasserführung und für den Gewässerausbau der Umfang des Vorteils (§§ 49, 50),
 3. für die Abwasserbeseitigung - mit Ausnahme der Sonderbauwerke gemäß § 54 LWG NW (Regenüberlaufbecken) - der Umfang der schädigenden Einwirkungen (§§ 51 bis 56).

4. für Sonderbauwerke gemäß § 54 LWGNW die der Dimensionierung der einzelnen Anlagen zugrunde liegenden befestigten Flächen (Amd) sowie der nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelte Investitionsaufwand.
5. für die Niederschlagswasserabgabe die Zahl der Einwohner der nicht befreiten Kanalisationsnetze, die Fremdwassermenge gemäß § 52 (3) und der entsprechende Beiwert nach § 53.

§ 45

Ermittlung des Beitragsbedarfs und des Beitragssatzes

- (1) Die Beiträge sind nach den Aufwendungen des Verbandes getrennt zu ermitteln und festzusetzen für die Gewässerunterhaltung, für den Ausgleich der Wasserführung und den Gewässerausbau und für die Abwasserbeseitigung.

Bei der Ermittlung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung ist zu unterscheiden zwischen den Beiträgen für die Sonderbauwerke gemäß § 54 LWG NW, den übrigen Anlagen zur Abwasserbeseitigung und den Beiträgen für die Abwasserabgabe für verschmutztes Niederschlagswasser (Niederschlagswasserabgabe).

Die Beiträge sollen die durch sonstige Einnahmen des Verbandes (z. B. Finanzierungshilfen, Zuschüsse, Mieten, Pachten, Kostenerstattungen, Zinseinnahmen usw.) nicht gedeckten Ausgaben des Erfolgsplanes ausgleichen (Beitragsbedarf).

Nicht einziehbare Beiträge sind anteilig von allen übrigen Mitgliedern des Verbandes zu tragen und ihrem nächsten Jahresbeitrag zuzurechnen, soweit keine Deckung aus der Rücklage beschlossen wird.

- (2) Beitragsfähige Aufwendungen sind die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Kosten. Hierzu gehören auch Abschreibungen, die nach der mutmaßlichen Nutzungsdauer oder Leistungsmenge gleichmäßig zu bemessen sind, sowie eine angemessene Verzinsung des aufgewandten Kapitals; bei der Verzinsung bleibt der aus Zuschüssen Dritter aufgebrachte Eigenkapitalanteil außer Betracht. Ausgangswerte für die Abschreibungen sind die Wiederbeschaffungszeitwerte und für die Verzinsung des aufgewandten Kapitals die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um die Abschreibungen für Abnutzung (Restbuchwerte). Zu den Aufwendungen gehört auch die vom Verband zu zahlende Abwasserabgabe.
- (3) Die Kosten für die "Allgemeine Verwaltung" werden auf den Beitragsbedarf für die Gewässerunterhaltung, für den Ausgleich der Wasserführung und den Gewässerausbau und für die Abwasserbeseitigung nach dem Verhältnis der Endsummen der Abschnitte der jeweiligen Geschäftsbereiche des Erfolgsplanes verteilt.
- (4) Die Kosten für das Verbandslaboratorium werden auf den Beitragsbedarf für die Gewässerunterhaltung und für die Abwasserbeseitigung nach dem Verhältnis der Endsummen der Abschnitte der jeweiligen Geschäftsbereiche des Erfolgsplanes verteilt.
- (5) Die Beitragssätze werden im Wirtschaftsplan durch die Versammlung festgesetzt. Zur Festsetzung der Beitragssätze sind unter Zugrundelegung der Beitragsmaßstäbe (§§ 46 bis 56) Wertzahlen zu ermitteln. Der Beitragsbedarf dividiert durch die Summe der Wertzahlen ergibt den jeweiligen Beitragssatz.

§ 46

Verteilung der Beiträge für die Gewässerunterhaltung

Der Beitragsbedarf für die Gewässerunterhaltung wird nach dem Umfang der Erschwerung verteilt auf.

1. die Mitglieder, die die Unterhaltung über die bloße Beteiligung am natürlichen Abflußvorgang hinaus erschweren (Erschwerer),
2. die Gemeinden für den Bereich, aus dem den zu unterhaltenden Gewässerstrecken Wasser seitlich zufließt (seitliches Einzugsgebiet). Als seitliches Einzugsgebiet gilt das zum Verbandsgebiet gehörende Gemeindegebiet. Auf die Gemeinden wird nur der Beitragsbedarf verteilt, der nach Abzug der auf die Erschwerer entfallenden Beiträge verbleibt.

§ 47

Beitragsmaßstäbe für Erschwerer der Gewässerunterhaltung

- (1) Der Umfang der Erschwerung bestimmt sich
 1. für die Einleitungen von gesammeltem Niederschlagswasser über kommunale Entwässerungsanlagen nach der Größe der entwässerten Flächen der Gemeinden;
 2. für die Einleitungen von gesammeltem Niederschlagswasser von öffentlichen Verkehrsflächen mit Ausnahme der Ortsdurchfahrten nach der Größe der befestigten Verkehrsflächen;
 3. für das direkte Einleiten von Wasser und Abwasser in Gewässer nach dem Produkt aus Wassermenge und Verschmutzungsgrad. Die Wassermenge, abgerundet auf volle 1.000 Kubikmeter, ist dem die Abwassereinleitung zulassenden Bescheid zu entnehmen. Liegt ein solcher Bescheid nicht vor und wird die Einleitungsmenge nicht nachgewiesen, wird sie vom Verband geschätzt. Der Verschmutzungsgrad wird durch Beiwerte ausgedrückt;
 4. für Anlagen im und am Gewässer, durch die die Gewässerunterhaltung erschwert wird, nach der Anzahl der Anlagen.
- (2) Der von den Erschwerern aufzubringende Anteil an dem Beitragsbedarf für die Gewässerunterhaltung wird als Vomhundertsatz des Gesamtaufwands festgesetzt und auf die einzelnen Erschwerer nach Absatz 1 Nr. 1 bis 4 verteilt. Die Verteilung sowie die Beiwerte gemäß Absatz 1 Nr. 3 ergeben sich aus der beigefügten Tabelle 1, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 48

Beitragsmaßstäbe für Gemeinden für die Gewässerunterhaltung

Der Umfang des Vorteils für Gemeinden ergibt sich aus dem Produkt der Fläche des zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeindegebietes und der in Tabelle 2 festgesetzten Meßzahl. Die Tabelle ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 49

Verteilung der Beiträge für den Ausgleich der Wasserführung und für den Gewässerausbau

Der Beitragsbedarf für den Ausgleich der Wasserführung und für den Gewässerausbau wird auf die Gemeinden nach dem Umfang des Vorteils verteilt.

§ 50

Beitragsmaßstäbe für den Umfang des Vorteils durch den Ausgleich der Wasserführung und den Gewässerausbau

- (1) Für den Umfang des Vorteils sind maßgebend die dem Bau der gemeindlichen Kanalisationsanlagen zugrunde liegenden Bemessungsregenspenden und die Bebauungsdichte, ermittelt aus der Größe des zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeindegebietes und dessen Einwohnerzahl nach dem Stande am 31. Dezember des auf das Veranlagungsjahr bezogenen Vorvorjahres.
- (2) Befinden sich im Gemeindegebiet keine fließenden Gewässer 2. Ordnung und ist ein Gewässerausbau und ein Ausgleich der Wasserführung nicht erforderlich, wird zur Ermittlung der Werte nach Absatz 1 nur die Hälfte der Einwohnerzahl zugrundegelegt.
- (3) Leiten Mitgliedsgemeinden mit Zustimmung des Verbandes das Niederschlagswasser über ihre Entwässerungsanlagen in Anlagen außerhalb des Verbandsgebietes ab, wird zur Ermittlung der Werte nach Absatz 1 die Einwohnerzahl für diese entwässerten Flächen nur zu drei Viertel zugrundegelegt.
- (4) Die Verteilung erfolgt nach der jährlich fortzuschreibenden Tabelle 3, die Bestandteil der Satzung ist.

§ 51

Verteilung der Beiträge für die Abwasserbeseitigung

- (1) Der Beitragsbedarf für die Beseitigung von Schmutzwasser wird auf die Mitglieder der Gruppen 1 und 2 nach dem Umfang der schädigenden Einwirkungen verteilt.
- (2) Der Beitragsbedarf für vom Verband zu zahlende Abwasserabgabe für die Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser und die dazugehörigen Aufwendungen wird auf die Mitglieder der Gruppe 1 nach Wertzahlen verteilt.
- (3) Der Umfang der schädigenden Einwirkungen im Sinne des Absatzes 1 wird bestimmt durch das Produkt aus Menge und Verschmutzungsgrad des Abwassers. Die Menge des Abwassers wird für die Mitglieder der Gruppe 1 gemäß § 52, für die Mitglieder der Gruppe 2 gemäß § 55 bestimmt. Der Verschmutzungsgrad wird durch Beiwerte ausgedrückt.
- (4) Der Beitragsbedarf der Betriebs- und Unterhaltungskosten für die Sonderbauwerke wird auf die Mitglieder der Gruppe 1 nach dem Verhältnis der den einzelnen Anlagen zugeordneten befestigten Flächen (A_{red}) zur Gesamtsumme aller dieser befestigten Flächen verteilt. Die beitragsfähigen Aufwendungen der Investitions- und Finanzierungskosten der Sonderbauwerke werden je Anlage der Gemeinde zugerechnet, die über ihre öffentliche Kanalisation Abwasser dieser Anlage zuführt.

§ 52

Ermittlung der Abwassermenge der Mitglieder der Gruppe 1

- (1) Als Abwassermenge gilt die der Verbandsanlage im Bezugszeitraum (§ 55) insgesamt zugeleitete Abwassermenge abzüglich der Abwassermenge der beitragspflichtigen Mitglieder der Gruppe 2. Das Abwasser besteht aus Schmutzwasser und Fremdwasser (Niederschlagswasser, Grundwasser, Bachwasser).
- (2) Als Schmutzwassermenge gilt der durchschnittliche jährliche Wasserverbrauch eines Einwohners von 55 Kubikmetern (Mittelwert), multipliziert mit der Einwohnerzahl der Gemeinde nach dem Stande des 31. Dezember des Vorvorjahres.

- (3) Als Fremdwassermenge gilt die Abwassermenge gemäß Absatz 1 abzüglich der Schmutzwassermenge gemäß Absatz 2.
- (4) Liegen mehrere Gemeinden im Einzugsbereich einer Verbandsanlage und kann die auf die einzelne Gemeinde entfallende Abwassermenge nicht gemessen werden, wird die Abwassermenge anteilig entsprechend der an die Anlage angeschlossenen Einwohner nach dem Stand des 31. Dezember des Vorjahres auf die einzelnen Gemeinden verteilt.

§ 53

Festlegung des Verschmutzungsgrades des Abwassers der Mitglieder der Gruppe 1

Der Beiwert beträgt für Schmutzwasser 1,0 und für Fremdwasser 0,2.

§ 54

Ermittlung der Wertzahlen für die Niederschlagswasserabgabe der Mitglieder der Gruppe 1

Die Wertzahlen für die Niederschlagswasserabgabe ermitteln sich als Summe der Schmutzwassermenge der betroffenen Einwohner einer Gemeinde, für die gemäß Abwasserabgabengesetz Niederschlagswasserabgabe gezahlt werden muß, und der Fremdwassermenge der Gemeinde im gleichen Zeitraum.

Als Schmutzwassermenge gilt der durchschnittliche jährliche Wasserverbrauch eines Einwohners von 55 Kubikmetern (Mittelwert), multipliziert mit der betroffenen Einwohnerzahl der Gemeinde nach dem Stande des 31. Dezember des Vorjahres.

§ 55

Ermittlung der Abwassermenge der Mitglieder der Gruppe 2

- (1) Als Abwassermenge gilt die für das Grundstück aus öffentlichen und/oder anderen Wasserversorgungsanlagen bzw. Niederschlagswasser-Sammelanlagen bezogene Wassermenge des Bezugszeitraumes; als Bezugszeitraum gilt das dem Veranlagungsjahr vorausgehende Vorjahr oder das spätestens am 31. März des Vorjahres endende Wirtschaftsjahr des jeweiligen Wasserlieferanten.

Wasser, das zur Dampferzeugung verwendet, und Kühlwasser, das nicht einer Verbandsanlage (§ 6 Abs. 1 Nr. 3) zugeführt wird, wird in der nachgewiesenen Menge von der bezogenen Wassermenge abgezogen. Ebenso wird die in Haushalten auf dem Grundstück verbrauchte Wassermenge abgezogen; ist ein Nachweis nicht möglich, wird diese Menge unter Berücksichtigung des Mittelwertes (§ 52 Absatz 2) vom Verband geschätzt.

Die so errechnete Menge wird pauschal um zehn Prozent gemindert. Mit diesem Abzug gelten alle weiteren Wasserverluste, die im Betrieb auftreten sowie die Wassermengen, die in der Produktion verbleiben, abgefahren werden oder im Untergrund versickern, als erfaßt, es sei denn, daß das Mitglied durch zuverlässige Unterlagen höhere Wasserverluste nachweist.

- (2) Wird die Abwassermenge einwandfrei nachgewiesen, so gilt diese Menge. Hiervon wird bei gleichzeitiger Einleitung von Regenwasser je Quadratmeter befestigte angeschlossene Fläche ein Kubikmeter pro Jahr abgezogen.
- (3) Wird Wasser erstmals im Laufe des Veranlagungsjahres oder des Vorjahres bezogen, so wird die der Veranlagung zugrundezuliegende jährliche Wassermenge durch den Verband geschätzt.

§ 56

Ermittlung des Verschmutzungsgrades des Abwassers der Mitglieder der Gruppe 2

- (1) Die Beiwerte ergeben sich aus der beigelegten Tabelle 4, die Bestandteil der Satzung ist. Sie werden aufgrund von Untersuchungen durch den Verband ermittelt. In dem der Veranlagung zugrundeliegenden Bezugszeitraum werden von jedem Abwasserstrom unterschiedlichen Herkunftsbereichs mindestens drei Proben untersucht. Dabei wird der Beiwert jeder Probe ermittelt; maßgebend für diesen Beiwert ist der ungünstigste Analysenwert der in Tabelle 4 aufgeführten Parameter. Der Verband kann auf eine Untersuchung verzichten, wenn aufgrund der Abwasserherkunft zu erwarten ist, daß der Beiwert von 1,0 nicht überschritten wird. Bei einer grundlegenden, mit dem Verband abgesprochenen Umstellung der Abwasservorbehandlung kann der Verband eine Probe zur Sonderprobe erklären und somit für die Beitragsermittlung nicht werten.
- (2) Der Veranlagung wird das arithmetische Mittel aus den Beiwerten aller Einzelproben zugrunde gelegt. Dabei wird auf eine Dezimale auf- oder abgerundet; weicht der höchste Beiwert um mehr als 10 vom Hundert vom zweithöchsten ab, so wird, um nichtrepräsentative Höchstwerte auszuschließen, anstelle des höchsten der zweithöchste Beiwert zuzüglich 1/10 des höchsten Beiwertes angesetzt. Proben, die im Zusammenhang mit der Erhebung von Sonderbeiträgen (§ 41) untersucht werden, bleiben bei der Veranlagung unberücksichtigt. Werden innerhalb eines Zeitraumes von längstens zwei Wochen im Rahmen einer Untersuchungsserie mehrere Proben entnommen und einzelne Beiwerte ermittelt, werden diese - nach ihrem arithmetischen Mittel - zu einem Beiwert, der der Ermittlung des Verbandsbeitrages zugrundegelegt ist, zusammengezogen.

§ 57

Ermittlung der Abwassermenge und des Verschmutzungsgrades des Abwassers von neu hinzugezogenen Mitgliedern der Gruppe 2

- (1) Wird ein Mitglied im Laufe eines Jahres neu zugewiesen oder leitet ein Mitglied erstmals Abwasser in die Kanalisation ein, so werden die der Beitragserhebung zugrunde zu legende Abwassermenge und der Verschmutzungsgrad im ersten Jahr der Beitragserhebung vorläufig geschätzt. Diese vorläufige Schätzung erfolgt anhand der bis zur Entstehung der Beitragspflicht bezogenen Wassermengen aus öffentlichen und/oder anderen Wasserversorgungsanlagen und des aufgrund von drei Proben ermittelten Verschmutzungsgrades des Abwassers. § 56 Abs. 1 Satz 5 findet entsprechende Anwendung. Ist eine Schätzung auf dieser Basis nicht möglich, so ist die Schätzung aufgrund von Daten vergleichbarer Betriebe vorzunehmen.
- (2) Im zweiten Jahr der Beitragserhebung nach der Entstehung der Beitragspflicht ist für die Beitragserhebung die im Vorjahr bezogene Wassermenge und der im Vorjahr ermittelte Verschmutzungsgrad der Beitragserhebung zugrunde zu legen, zugleich ist aufgrund dieser Abwassermenge und dieses Verschmutzungsgrades die endgültige Abrechnung für das erste Jahr der Beitragspflicht vorzunehmen.

§ 58

Feststellung der Veranlagungsgrundlagen

- (1) Die Mitglieder, ihre Pächter oder sonstigen Nutzungsberechtigten und Nichtmitglieder, für die das Vorverfahren zur Eingliederung in den Verband eingeleitet worden ist, sind verpflichtet, auf ihre Kosten dem Verband alle für die Veranlagung notwendigen Angaben wahrheitsgetreu und rechtzeitig zu machen und ihn notwendige Feststellungen an Ort und Stelle treffen zu lassen. Die Möglichkeit zur Entnahme von Abwasserproben an den dafür vorgesehenen Stellen muß jederzeit gewährleistet sein.

- (2) Der Verband kann von den Mitgliedern der Gruppe 2 verlangen, geeignete Wassermesser für die Eigenförderung, für die Kühlwassermenge, für die Wassermenge zur Dampferzeugung, für die in Haushalten auf dem Grundstück verbrauchte Wassermenge sowie für die Abwassermenge einzubauen und regelmäßig auf ihre Funktionsfähigkeit nachprüfen zu lassen.
- (3) Kommt ein Mitglied seinen Verpflichtungen nach Absatz 1 und 2 nicht nach, wird es vom Verband eingeschätzt.

§ 59

Erhebung der Verbandsbeiträge

- (1) Der Verband erhebt die Verbandsbeiträge auf der Grundlage der geltenden Beitragsmaßstäbe durch Beitragsbescheid, der den beitragspflichtigen Mitgliedern mit den erforderlichen Erläuterungen und der Rechtsbehelfsbelehrung zugestellt wird.
- (2) Die Beiträge werden auf volle Deutsche Mark auf- oder abgerundet und sind in vierteljährlichen gleichen Teilbeträgen fällig und am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November an den Verband abzuführen. Durch Beschluß des Vorstandes können andere Termine festgesetzt werden.
- (3) Bis zur Bekanntgabe eines neuen Beitragsbescheides sind von den Mitgliedern Vorauszahlungen unter Zugrundelegung der zuletzt festgesetzten Beiträge zu entrichten.
- (4) Die gemäß §§ 41, 42 und 43 zu entrichtenden Sonderbeiträge oder zu erstattenden Kosten werden innerhalb eines Monats nach Zustellung des Bescheides fällig.

§ 60

Rechtliche Eigenschaft der Beiträge

Verbandsbeiträge sind öffentliche Abgaben. Die Beitragspflicht der dinglichen Verbandsmitglieder (§ 4 Abs. 1 Nr. 1 WVG) ruht als öffentliche Last auf den Grundstücken und Anlagen, mit denen die dinglichen Verbandsmitglieder an dem Verband teilnehmen.

§ 61

Verjährung

Für die Verjährung sind die Vorschriften der Abgabenordnung entsprechend anzuwenden.

§ 62

Säumnis

- (1) Bei Überschreitung von Zahlungsterminen ist für jeden angefangenen Monat ein Säumniszuschlag von einem Prozent des ausstehenden Betrages zu erheben. Säumniszuschläge werden wie Beiträge erhoben.
- (2) Ein Säumniszuschlag wird bei einer Säumnis bis zu fünf Tagen nicht erhoben. Dies gilt nicht bei Zahlung durch Übergabe oder Übersendung von Zahlungsmitteln.

§ 63
Zwangsvollstreckung

- (1) Die auf Gesetz und Satzung beruhenden Forderungen des Verbandes können im Verwaltungsvollstreckungsverfahren beigetrieben werden.
- (2) Vollstreckungsbehörden sind die Gemeinden. Sie können Ersatz ihrer Vollstreckungskosten fordern.
- (3) Auf Antrag des Verbandes kann die Aufsichtsbehörde eine andere Vollstreckungsbehörde bestimmen.

§ 64
Widerspruch

- (1) Gegen Bescheide des Verbandes kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Verbandes einzulegen.
- (2) Die Einlegung eines Widerspruches befreit nicht von der Verpflichtung, die festgesetzten Beiträge termingerecht zu zahlen.
- (3) Hilft der Vorstand dem Widerspruch ab (§ 20 Nr. 3), so wird der Bescheid geändert, hilft er dem Widerspruch nicht ab, so ergeht ein Widerspruchsbescheid, den der Widerspruchsausschuß erläßt. Offensichtliche Fehler bei der Veranlagung kann der Geschäftsführer berichtigen.
- (4) Im übrigen richtet sich das Rechtsbehelfsverfahren nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

§ 65
Zusammensetzung des Widerspruchsausschusses

- (1) Der Widerspruchsausschuß des Verbandes besteht aus
 1. einem von der Aufsichtsbehörde zum Vorsitzenden zu bestimmenden Beamten, der die Befähigung zum Richteramt und zum höheren Verwaltungsdienst besitzen muß,
 2. einem von der Aufsichtsbehörde zu bestimmenden höheren technischen Beamten der Wasserwirtschaftsverwaltung,
 3. vier weiteren Mitgliedern, die von der Verbandsversammlung gewählt werden.
- (2) Von den unter Absatz 1 Nr. 3 genannten Mitgliedern sollen zwei Mitglieder Vertreter der Gruppe 1 und zwei Mitglieder Vertreter der Gruppe 2 sein. Sie dürfen nicht Vorstandsmitglieder sein.
- (3) Für den Vorsitzenden und jedes Mitglied ist ein Stellvertreter zu bestimmen oder zu wählen.

§ 66
Amtsdauer des Widerspruchsausschusses

- (1) Die Amtsdauer der von der Verbandsversammlung gewählten Mitglieder des Widerspruchsausschusses und ihrer Stellvertreter beträgt fünf Jahre; sie verlängert sich bis zur Neuwahl des Widerspruchsausschusses.

- (2) Für Mitglieder, die vor Ablauf der Amtszeit ausscheiden, wird für den Rest dieser Zeit Ersatz gewählt. Im übrigen gilt § 19 Absatz 4 sinngemäß.

§ 67

Sitzungen und Entscheidungen des Widerspruchsausschusses

- (1) Der Widerspruchsausschuß wird von seinem Vorsitzenden zur Sitzung einberufen.
- (2) Er ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden drei Mitglieder zugegen sind.
- (3) Die Beschlüsse werden mit Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende den Ausschlag.
- (4) Der Widerspruchsausschuß ist befugt, den Vorstand, den Vorsitzenden und den Geschäftsführer des Verbandes zu hören. Er ist außerdem befugt, die Dienstkräfte des Verbandes zu seinen Arbeiten heranzuziehen und Gutachter zu hören.

§ 68

Geschäftsordnung des Widerspruchsausschusses

Der Widerspruchsausschuß kann den Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung regeln.

§ 69

Vergütungen für Mitglieder des Widerspruchsausschusses

Die Mitglieder des Widerspruchsausschusses erhalten ein Sitzungsgeld, der Vorsitzende und der technische Beamte der Wasserwirtschaftsverwaltung zusätzlich eine Aufwandsentschädigung.

§ 70

Kosten des Widerspruchsverfahrens

Für die Kosten des Widerspruchsverfahrens gelten die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

§ 71

Ordnungsgewalt

- (1) Der Vorsitzende sowie der Geschäftsführer können auf Gesetz und Satzung beruhende Anordnungen, insbesondere zum Schutz des Verbandsunternehmens, erlassen. Die Mitglieder des Verbandes haben diese Anordnungen zu befolgen.
- (2) Der Vorsitzende kann Mitglieder des Verbandes, die gegen Anordnungen gemäß Absatz 1 verstoßen, mit Ordnungsstrafen bis zu 250,00 € belegen. Er kann Anordnungen gemäß Absatz 1 durch Zwangsmittel durchsetzen.

§ 72 Dienstkräfte

Der Vorsitzende ist Dienstvorgesetzter, der Geschäftsführer Vorgesetzter der Dienstkräfte des Verbandes. Der Vorsitzende stellt die Dienstkräfte im Rahmen des Stellenplanes an und entläßt sie, soweit er nicht diese Befugnisse auf den Geschäftsführer überträgt. Die Anstellung und Entlassung der Arbeiter obliegt im Rahmen des Stellenplanes dem Geschäftsführer.

§ 73 Bekanntmachungen

- (1) Bekanntmachungen für die Verbandsmitglieder erfolgen durch unmittelbare schriftliche Unterrichtung der Betroffenen. Für die Bekanntmachung von längeren Mitteilungen, umfangreichen Urkunden und Plänen genügt ein Hinweis auf den Ort, an dem Einsicht genommen werden kann. Gleichzeitig ist die Auslegungsfrist, die mindestens einen Monat betragen muß, anzugeben.
- (2) Die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen werden in dem Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf veröffentlicht.
- (3) Die Satzung und ihre Änderungen werden in dem Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf veröffentlicht. Sie treten, wenn kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, mit dem auf die Bekanntmachung folgenden Tage in Kraft.

§ 74 Aufsicht

- (1) Aufsichtsbehörde des Verbandes ist die Bezirksregierung in Düsseldorf.
- (2) Obere und zugleich oberste Aufsichtsbehörde des Verbandes ist das Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen.
- (3) Die Aufsicht beschränkt sich darauf, daß der Verband seine Angelegenheiten nach Gesetz und Satzung verwaltet.

§ 75 Teilnahme an Sitzungen

An den Sitzungen der Verbandsversammlung und des Vorstandes nehmen

1. die Aufsichtsbehörde,
2. das Staatliche Umweltamt in Düsseldorf

teil. Die Behörden sind zu den Sitzungen einzuladen. Sie erhalten die Niederschrift, die Wirtschaftspläne und die Jahres- oder Lageberichte.

§ 76

Von staatlicher Genehmigung abhängige Geschäfte

- (1) Der Verband bedarf der Zustimmung der Aufsichtsbehörde
1. zur unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen,
 2. zur Aufnahme von Darlehen über 250.000,00 € DM,
 3. zur Übernahme von Bürgschaften, zu Verpflichtungen aus Gewährverträgen und zur Bestellung von Sicherheiten,
 4. zu Rechtsgeschäften mit einem Vorstandsmitglied einschließlich der Vereinbarung von Vergütungen, soweit sie über den Ersatz von Aufwendungen hinausgehen.
- (2) Die Genehmigung ist auch zu Rechtsgeschäften erforderlich, die einem der in Absatz 1 angegebenen Geschäft wirtschaftlich gleichkommen.

§ 77

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft. Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Satzung vom 14. August 1973, zuletzt geändert am 28. April 1977, Abl.Reg.Ddf. 1977 S. 167, außer Kraft.

Düsseldorf, den 11. Dezember 1980

Der Regierungspräsident

Dr. Rohde

Satzung	vom	14. Aug.	1973	Abl.Reg.Ddf. 1973	S. 353
Änderung	vom	09. Dez.	1975	Abl.Reg.Ddf. 1975	S. 490
Änderung	vom	10. Dez.	1975	Abl.Reg.Ddf. 1975	S. 491
Änderung	vom	15. Dez.	1976	Abl.Reg.Ddf. 1976	S. 582
Änderung	vom	31. März	1977	Abl.Reg.Ddf. 1977	S. 136
Änderung	vom	01. Apr.	1977	Abl.Reg.Ddf. 1977	S. 137
Änderung	vom	28. Apr.	1977	Abl.Reg.Ddf. 1977	S. 167
Neufassung	vom	11. Dez.	1980	Abl.Reg.Ddf. 1980	S. 326
Berichtigung	vom	15. Jan.	1981	Abl.Reg.Ddf. 1981	S. 022
Änderung	vom	27. Nov.	1981	Abl.Reg.Ddf. 1981	S. 412
Änderung	vom	03. Dez.	1982	Abl.Reg.Ddf. 1982	S. 453
Änderung	vom	09. Dez.	1983	Abl.Reg.Ddf. 1983	S. 421
Änderung	vom	06. Dez.	1984	Abl.Reg.Ddf. 1984	S. 400
Änderung	vom	02. Dez.	1985	Abl.Reg.Ddf. 1985	S. 351
Änderung	vom	15. Dez.	1987	Abl.Reg.Ddf. 1987	S. 304
Änderung	vom	13. Dez.	1988	Abl.Reg.Ddf. 1988	S. 319
Änderung	vom	12. Dez.	1989	Abl.Reg.Ddf. 1989	S. 288
Berichtigung	vom	17. Jan.	1990	Abl.Reg.Ddf. 1990	S. 032
Änderung	vom	11. Dez.	1990	Abl.Reg.Ddf. 1990	S. 296
Änderung	vom	11. Dez.	1991	Abl.Reg.Ddf. 1991	S. 314
Änderung	vom	03. Dez.	1992	Abl.Reg.Ddf. 1992	S. 333
Änderung	vom	23. Febr.	1994	Abl.Reg.Ddf. 1994	S. 046
Änderung	vom	14. Dez.	1994	Abl.Reg.Ddf. 1994	S. 293
Änderung	vom	06. Dez.	1995	Abl.Reg.Ddf. 1995	S. 458
Änderung	vom	11. Dez.	1996	Abl.Reg.Ddf. 1996	S. 497
Änderung	vom	27. Nov.	1997	Abl.Reg.Ddf. 1997	S. 351
Änderung	vom	26. Nov.	1998	Abl.Reg.Ddf. 1998	S. 306

Änderung	vom	01. Dez.	1999	Abl.Reg.Ddf.	1999	S. 307
Berichtigung	vom	23. Dez.	1999	Abl.Reg.Ddf.	1999	S. 003
Änderung	vom	04. Dez.	2000	Abl.Reg.Ddf.	2000	S. 350
Änderung	vom	28. Nov.	2001	Abl.Reg.Ddf.	2001	S. 343
Änderung	vom	20. Nov.	2002	Abl.Reg.Ddf.	2002	S. 408
Änderung	vom	16. Dez.	2003	Abl.Reg.Ddf.	2004	S. 2
Änderung	vom	21. Dez.	2006	Abl.Reg.Ddf.	2006	S. 496

Tabelle 1 (zu § 47 Abs. 2)

Der von den Erschwerern insgesamt aufzubringende Anteil am Beitragsbedarf für die Gewässerunterhaltung wird auf 17 %
des Gesamtaufwands festgesetzt.

Hiervon entfallen auf die Erschwerer nach Absatz 1

Nr. 1	(Einleitungen von gesammeltem Niederschlagswasser über kommunale Entwässerungsanlagen)	40 %
Nr. 2	(Einleitungen von gesammeltem Niederschlagswasser von öffentlichen Verkehrsflächen mit Ausnahme der Ortsdurchfahrten)	5 %
Nr. 3	(Direktes Einleiten von Wasser und Abwasser in Gewässer)	40 %

Der Beiwert gemäß § 47 Absatz 1 Nr. 3 beträgt für	
unverschmutztes Wasser und Kühlwasser	1,0
Wasser aus Steinwäschen nach Behandlung in Absetzteichen	1,3
mechanisch-biologisch behandeltes Abwasser	2,0
mechanisch behandeltes Abwasser	3,0
unbehandeltes Abwasser	7,0

Nr. 4	(Anlagen im und am Gewässer, durch die die Gewässerunterhaltung erschwert wird)	15 %
	Die Länge eines Bauwerkes zur Unterführung eines Gewässers unter einer öffentlichen Verkehrsanlage wird einheitlich mit	40 m
	die Länge der Rückstaustränge einer Stauanlage wird einheitlich mit	320 m
	angenommen.	

Tabelle 2 (zu § 48)

Einwohnerdichte je km² des zum Verbandsgebiet gehörenden Gemeindegebietes nach dem Stande vom 31. Dezember des auf das Veranlagungsjahr bezogenen Vorvorjahres

von	bis	Meßzahl
0	600	0,5
601	1.200	1,0
1.201	1.800	1,5
1.801	2.400	2,0
über	2.400	2,5

Leiten Mitgliedsgemeinden - mit Zustimmung des BRW - das Niederschlagswasser über ihre Entwässerungsanlagen in Anlagen außerhalb des Verbandsgebietes ab, beträgt die Meßzahl für diese Gebietsteile 0,5.

DIN-Bestimmungsverfahren für die in Tabelle 4 aufgeführten Parameter

Spalte	Parameter	DIN-Bestimmungsverfahren
2	CSB	DIN 38409-H41-1 (ggf. -2)
3	BSB ₅	EN 1899-1 (DIN H51)
4	Gesamt-Eisen	EN ISO 11885 (DIN E22)
4	Aluminium	EN ISO 11885 (DIN E22)
5	Quecksilber	EN 1483 (DIN E12-3)
6	Arsen	EN ISO 11885 (DIN E22)
7	Cadmium	EN ISO 11885 (DIN E22)
8	Gesamt-Chrom	EN ISO 11885 (DIN E22)
8	Blei	EN ISO 11885 (DIN E22)
8	Kupfer	EN ISO 11885 (DIN E22)
8	Nickel	EN ISO 11885 (DIN E22)
9	Cobalt	EN ISO 11885 (DIN E22)
9	Selen	EN ISO 11885 (DIN E22)
10	Barium	EN ISO 11885 (DIN E22)
10	Zink	EN ISO 11885 (DIN E22)
10	Zinn	EN ISO 11885 (DIN E22)
11	leicht freisetzbares Cyanid	DIN 38405-D13
12	AOX	EN ISO 9562 (DIN H14)
13/14	pH-Wert	DIN 38404-C5
15	Gesamt Phosphor	EN ISO 11885 (DIN E22)
15	Kohlenwasserstoffe	EN ISO 9377-2 (DIN H53)
16	schwerflüchtige lipophile Stoffe	DIN V38409-H56
17	Phenol-Index nach Destillation	DIN 38409-H16
17	Ammonium und Ammoniak-Stickstoff	DIN 38406-E5
18	abfiltrierbare Stoffe (suspendierte Stoffe)	EN 872 (DIN H33)
19	Toxizität	EN ISO 11348-2 (DIN L34)

¹⁾ In dem Fall, dass ein o. g. Bestimmungsverfahren durch eine neue Normvorschrift ersetzt wird, gilt das neue Bestimmungsverfahren.

Sofern erforderlich, kann in begründeten Einzelfällen ein genormtes gleichwertiges Alternativ-/Referenzverfahren zur Anwendung kommen.

Tabelle 3 (zu § 50)

Gemeinde	Fläche im Verbands- gebiet	Dem Bau der gemeindlichen Kanalisationsanlage zugrundeliegende Regenspende	Niederschlags- menge	Einwohner im Verbandsgebiet am 31.12. des dem Veranlagungsjahr vorangehenden Vorvorjahres	Bebauungsdichte des Gemeinde gebietes	Verteilerschlüssel	
			Spalte 2 x 3			Spalte 5 : 2	Spalte <u>4 x 6</u> 1.000
	km ²	m ³ <u>s x km²</u>	m ³ <u>s</u>	E	E <u>km²</u>	m ³ x E <u>s x km² x 1.000</u>	%
1	2	3	4	5	6	7	8
Düsseldorf	66,72	10,00	667				
Erkrath	26,89	12,50	336				
Essen	8,30	9,79	81				
Haan	24,22	12,50	303				
Heiligenhaus	27,47	12,80	352				
Hilden	25,95	10,00	260				
Langenfeld	41,07	10,00	411				
Leichlingen	1,26	12,50	16				
Mettmann	42,52	12,50	532				
Monheim	23,13	10,00	231				
Mülheim	2,99	12,50	37				
Ratingen	88,71	10,00	887				
Solingen	33,35	11,10	370				
Velbert	74,93	12,85	963				
Wülfrath	32,23	12,50	403				
Wuppertal	30,27	13,00	394				
	550,01						

Tabelle 4 (zu § 56 Abs. 1)

Beiwert	CSB	BSB5	Gesamt-Eisen Aluminium	Quecksilber	Arsen	Cadmium	Gesamt-Chrom Blei Kupfer Nickel	Cobalt Selen	Barium Zink Zinn	leicht frei- setz- bares Cyanid	AOX	pH-Wert		Gesamt- Phosphor Kohlen- wasser- stoffe	schwer- flüchtige lipophile Stoffe	Phenol- Index nach Destillation Ammonium (NH4)- und Am- moniak (NH3)- Stickstoff	abfil- trier- bare Stoffe	Toxi- zität	Verdün- nungs- stufe
												sauer	alkalisch						
	mg/l	mg/l	jeweils mg/l	mg/l	mg/l	mg/l	jeweils mg/l	jeweils mg/l	jeweils mg/l	mg/l	mg/l			jeweils mg/l	mg/l	jeweils mg/l	mg/l		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	
1.0	bis 600	bis 300	bis 10	bis 0,050	bis 0,10	bis 0,20	bis 0,50	bis 1,0	bis 2,0	bis 0,20	bis 1,0	6,0	10,0	bis 10	bis 100	bis 50	bis 400		16
1.1	720	360	12	0,055	0,11	0,22	0,65	1,1	2,2	0,22	1,1	5,0-5,9	10,1-10,5	12	120	60	480		24
1.2	840	420	14	0,060	0,12	0,24	0,60	1,2	2,4	0,24	1,2	4,2-4,9	10,6-10,8	14	140	70	560		24
1.3	960	480	16	0,065	0,13	0,26	0,65	1,3	2,6	0,26	1,3	3,6-4,1	10,9-11,1	16	160	80	640		24
1.4	1080	540	18	0,070	0,14	0,28	0,70	1,4	2,8	0,28	1,4	3,1-3,5	11,2-11,3	18	180	90	720		24
1.5	1200	600	20	0,075	0,15	0,30	0,75	1,5	3,0	0,30	1,5	2,7-3,0	11,4-11,5	20	200	100	800		32
1.6	1320	660	22	0,080	0,16	0,32	0,80	1,6	3,2	0,32	1,6	2,4-2,6	11,6-11,7	22	220	110	880		32
1.7	1440	720	24	0,085	0,17	0,34	0,85	1,7	3,4	0,34	1,7	2,2-2,3	11,8	24	240	120	960		32
1.8	1560	780	26	0,090	0,18	0,36	0,90	1,8	3,6	0,36	1,8	2,1	11,9	26	260	130	1040		32
1.9	1680	840	28	0,095	0,19	0,38	0,95	1,9	3,8	0,38	1,9	2,0	12,0	28	280	140	1120		32
2.0	1800	900	30	0,100	0,20	0,40	1,00	2,0	4,0	0,40	2,0	1,9	12,1	30	300	150	1200		48
2.1	1920	960	32	0,105	0,21	0,42	1,05	2,1	4,2	0,42	2,1			32	320	160	1280		48
2.2	2040	1020	34	0,110	0,22	0,44	1,10	2,2	4,4	0,44	2,2			34	340	170	1360		48
2.3	2160	1080	36	0,115	0,23	0,46	1,15	2,3	4,6	0,46	2,3	1,8	12,2	36	360	180	1440		48
2.4	2280	1140	38	0,120	0,24	0,48	1,20	2,4	4,8	0,48	2,4			38	380	190	1520		48
2.5	2400	1200	40	0,125	0,25	0,50	1,25	2,5	5,0	0,50	2,5			40	400	200	1600		64
2.6	2520	1260	42	0,130	0,26	0,52	1,30	2,6	5,2	0,52	2,6			42	420	210	1680		64
2.7	2640	1320	44	0,135	0,27	0,54	1,35	2,7	5,4	0,54	2,7	1,7	12,3	44	440	220	1760		64
2.8	2760	1380	46	0,140	0,28	0,56	1,40	2,8	5,6	0,56	2,8			46	460	230	1840		64
2.9	2880	1440	48	0,145	0,29	0,58	1,45	2,9	5,8	0,58	2,9			48	480	240	1920		64
3.0	3000	1500	50	0,150	0,30	0,60	1,50	3,0	6,0	0,60	3,0			50	500	250	2000		96
3.1	3120	1560	52	0,155	0,31	0,62	1,55	3,1	6,2	0,62	3,1			52	520	260	2080		96
3.2	3240	1620	54	0,160	0,32	0,64	1,60	3,2	6,4	0,64	3,2	1,6	12,4	54	540	270	2160		96
3.3	3360	1680	56	0,165	0,33	0,66	1,65	3,3	6,6	0,66	3,3			56	560	280	2240		96
3.4	3480	1740	58	0,170	0,34	0,68	1,70	3,4	6,8	0,68	3,4			58	580	290	2320		96
3.5	3600	1800	60	0,175	0,35	0,70	1,75	3,5	7,0	0,70	3,5			60	600	300	2400		96
3.6	3720	1860	62	0,180	0,36	0,72	1,80	3,6	7,2	0,72	3,6			62	620	310	2480		96
3.7	3840	1920	64	0,185	0,37	0,74	1,85	3,7	7,4	0,74	3,7			64	640	320	2560		96
3.8	3960	1980	66	0,190	0,38	0,76	1,90	3,8	7,6	0,76	3,8	1,5	12,5	66	660	330	2640		96
3.9	4080	2040	68	0,195	0,39	0,78	1,95	3,9	7,8	0,78	3,9			68	680	340	2720		96
4.0	4200	2100	70	0,200	0,40	0,80	2,00	4,0	8,0	0,80	4,0			70	700	350	2800		128
4.1	4320	2160	72	0,205	0,41	0,82	2,05	4,1	8,2	0,82	4,1			72	720	360	2880		128
4.2	4440	2220	74	0,210	0,42	0,84	2,10	4,2	8,4	0,84	4,2			74	740	370	2960		128
4.3	4560	2280	76	0,215	0,43	0,86	2,15	4,3	8,6	0,86	4,3			76	760	380	3040		128
4.4	4680	2340	78	0,220	0,44	0,88	2,20	4,4	8,8	0,88	4,4			78	780	390	3120		128
4.5	4800	2400	80	0,225	0,45	0,90	2,25	4,5	9,0	0,90	4,5	1,4	12,6	80	800	400	3200		128
4.6	4920	2460	82	0,230	0,46	0,92	2,30	4,6	9,2	0,92	4,6			82	820	410	3280		128
4.7	5040	2520	84	0,235	0,47	0,94	2,35	4,7	9,4	0,94	4,7			84	840	420	3360		128
4.8	5160	2580	86	0,240	0,48	0,96	2,40	4,8	9,6	0,96	4,8			86	860	430	3440		128
4.9	5280	2640	88	0,245	0,49	0,98	2,45	4,9	9,8	0,98	4,9			88	880	440	3520		128
5.0	5400	2700	90	0,250	0,50	1,00	2,50	5,0	10,0	1,00	5,0			90	900	450	3600		192
5.3	5760	2880	96	0,265	0,53	1,06	2,65	5,3	10,6	1,06	5,3	1,3	12,7	96	960	480	3840		192
6.0	6600	3300	110	0,300	0,60	1,20	3,00	6,0	12,0	1,20	6,0			110	1100	550	4400		192
6.2	6840	3420	114	0,310	0,62	1,24	3,10	6,2	12,4	1,24	6,2	1,2	12,8	114	1140	570	4560		192
7.0	7800	3900	130	0,350	0,70	1,40	3,50	7,0	14,0	1,40	7,0			130	1300	650	5200		192
7.2	8040	4020	134	0,360	0,72	1,44	3,60	7,2	14,4	1,44	7,2	1,1	12,9	134	1340	670	5360		192
8.0	9000	4500	150	0,400	0,80	1,60	4,00	8,0	16,0	1,60	8,0			150	1500	750	6000		192
8.3	9360	4680	156	0,415	0,83	1,66	4,15	8,3	16,6	1,66	8,3	1,0	13,0	156	1560	780	6240		256
9.0	10200	5100	170	0,450	0,90	1,80	4,50	9,0	18,0	1,80	9,0			170	1700	850	6800		256
9.5	10800	5400	180	0,475	0,95	1,90	4,75	9,5	19,0	1,90	9,5	0,9	13,1	180	1800	900	7200		256
10.0	11400	5700	190	0,500	1,00	2,00	5,00	10,0	20,0	2,00	10,0			190	1900	950	7600		384
11.0	12600	6300	210	0,550	1,10	2,20	5,50	11,0	22,0	2,20	11,0	0,8	13,2	210	2100	1050	8400		384
12.0	13800	6900	230	0,600	1,20	2,40	6,00	12,0	24,0	2,40	12,0			230	2300	1150	9200		384
12.8	14760	7380	246	0,640	1,28	2,56	6,40	12,8	25,6	2,56	12,8	0,7	13,3	240	2460	1230	9840		384
14.8	17160	8580	286	0,740	1,48	2,96	7,40	14,8	29,6	2,96	14,8	0,6	13,4	286	2860	1430	11440		512
15.0	17400	8700	290	0,750	1,50	3,00	7,50	15,0	30,0	3,00	15,0			290	2900	1450	11600		512
17.0	19800	9900	330	0,850	1,70	3,40	8,50	17,0	34,0	3,40	17,0	0,5	13,5	330	3300	1650	13200		512
20.0	23400	11700	390	1,000	2,00	4,00	10,00	20,0	40,0	4,00	20,0			390	3900	1950	15600		512

Zwischenwerte für in der Tabelle nicht aufgeführte Meß- und oder Beiwerte werden ab Beiwert 1,1 bis 20,0 durch Interpolation, danach durch Extrapolation ermittelt. Die Beiwerte werden auf eine Nachkommastelle kaufmännisch gerundet (Ausnahmen Spalten 13, 14 und 19).

Die Analyse erfolgt nach den umstehenden DIN-Bestimmungsverfahren.

Die Einleitung von Abwasser in das Kanalnetz ist nur zulässig, wenn die Grenzwerte der in den städtischen Entwässerungssatzungen oder in anderen Vorschriften genannten Parameter nicht überschritten werden. Die Veranlagung der Verbandsmitglieder aufgrund höherer Beiwerte gemäß Tabelle 4 sanktioniert unzulässige Einleitungen nicht.